

Februar 2022

# Länderbericht

**KONRAD  
ADENAUER  
STIFTUNG**



© Bundeswehr / Sebastian Wilke

## Frankreich plant den Abzug aus Mali – Das Aus für den Bundeswehr-Einsatz?

*Ulf Laessing*

Frankreich plant das Ende seiner Anti-Terror-Mission in Mali und drängt die europäischen Verbündeten ebenfalls zum Abzug – eine Entscheidung könnte bereits diese Woche fallen. Das hat weitreichende Folgen für den Einsatz der Bundeswehr in dem westafrikanischen Land und dürfte die angespannte Sicherheitslage im Sahelraum weiter destabilisieren.

Frankreich hatte bereits letztes Jahr angekündigt, seinen im eigenen Land unbeliebten Barkhane-Militäreinsatz in Mali von 5000 auf 2300 Mann zu reduzieren. Nun plant es seinen vollständigen Abzug, nachdem Spannungen mit der Militärregierung in Bamako in den vergangenen Monaten eskaliert sind. Paris ist verärgert, dass Bamako die exklusive Partnerschaft mit der ehemaligen Kolonialmacht nicht fortsetzen will und sich russische Militärausbilder und Söldner der berüchtigten Wagner-Gruppe ins Land geholt hat. Zuletzt wies Mali nach scharfer Kritik des französischen Außenministers Jean-Yves Le Drian den Botschafter der Grande Nation aus.

Eine Entscheidung über einen Truppenabzug der Franzosen und des zu Barkhane gehörenden europäischen Spezialkräfteverbundes Takuba soll im Rahmen des EU-AU-Gipfels zwischen der Europäischen Union und afrikanischen Staatschefs in Brüssel am Donnerstag und Freitag fallen. Der französische Generalstab will die Takuba-Partner am Mittwoch zunächst über die Pläne Frankreichs informieren.

Mali betrachtet die Missionen Barkhane und Takuba schon länger kritisch, weil beide aus Gründen der französischen Innenpolitik auf die Bekämpfung der Dschihadisten des Islamischen

Staates im Dreiländereck mit Niger und Burkina Faso fokussiert sind – ein anderer Zweig der Dschihadisten-Gruppierung in Syrien und Irak wird für Anschläge in Paris verantwortlich gemacht. Mali sieht seinen Hauptgegner aber in Kämpfern, die mit Al-Qaida verbündet und im dichtbesiedelten Zentrum tätig sind - dort hat die malische Armee jüngst eine Offensive mit Hilfe russischer Söldner gestartet.

## Warnung vor abruptem Abzug wie in Afghanistan

In einer von Paris erstellten Beschlussvorlage heißt es, die Takuba-Partner seien sich einig, dass ein Truppenabzug aus Mali beginnen soll. Ein Zeitpunkt wird nicht genannt, und es ist noch unklar, ob sich Frankreich mit seiner harten Linie durchsetzen wird. Informierten Kreise zufolge versuchen die Vereinigten Staaten und einige europäische Länder auf Frankreich einzuwirken, um den Konflikt mit Mali zu deeskalieren und einen überstürzten Abzug – wie in Afghanistan – zu vermeiden. Selbst französische Militärs warnen intern vor einem Sicherheitsvakuum, das Dschihadisten wie schon 2012 füllen könnten, als sie damals den malischen Norden besetzten, bis die zu Hilfe gerufenen französischen Truppen sie schließlich vertreiben konnten. Die Dschihadisten kehrten damals allerdings schnell wieder zurück und haben sich seitdem im Norden und in Zentralmali sowie den Nachbarstaaten Niger und Burkina Faso festgesetzt. Von dort aus breiten sie sich zunehmend in die stabileren Küstenstaaten im Süden aus.

Doch das Tischtuch zwischen Paris und der Militärregierung scheint zerschnitten, obwohl die militärische Zusammenarbeit beider Staaten in Nord-Mali weiter gut funktioniert.

Aber es bestehen auf politischer Ebene keinerlei hochrangige Kontakte mehr zwischen Paris und Bamako, sagen Beobachter. Präsident Emmanuel Macron steht mitten im Wahlkampf und der

Einsatz, der eine Milliarde Euro pro Jahr kostet und bereits 53 Tote gefordert hat, ist in Frankreich unbeliebt. Die jüngste Ausweisung des französischen Botschafters hat den Kritikern des Einsatzes noch einmal Auftrieb gegeben.

Mali kritisiert hingegen vor allem, dass Paris und der Westen zweierlei Maß anlegen würden. Zu einem Dinner Macrons am Vorabend des EU-Afrika-Gipfels am Mittwochabend ist der malische Staatschef Assimi Goïta ähnlich wie sein Pendant in Burkina Faso nicht eingeladen, weil sich beide an die Macht geputscht haben – dabei sein wird aber der tschadische Militärmachthaber Mahamat Déby, der allerdings ebenfalls auf nicht demokratische Art und Weise an die Macht gekommen ist. Der Tschad war und ist jedoch ein enger Verbündeter Frankreichs, welches im Tschad seit dessen Unabhängigkeit 1960 Militärstützpunkte unterhält.

## Was bedeutet der Abzug für EUTM und MINUSMA?

Die EU-Ausbildungsmission für die malischen Streitkräfte EUTM soll nach Einschätzung von Insidern erst einmal bestehen bleiben, um den Partnern Zeit zu geben, eine effektivere Strategie zu entwickeln. Frankreich hat angeboten, zunächst nicht ganz abzuziehen, um auch der Blauhelm-Mission MINUSMA – zu der ein Bundeswehr-Kontingent gehört – Zeit zu geben, um neue Strukturen aufzubauen und die Lücke zu füllen, die durch den französischen Abzug entstehen wird. Weder Bundeswehr noch MINUSMA haben ein Mandat für Kampfeinsätze in Mali: Dies war immer ausschließlich die Aufgabe der Franzosen. Mit der Ankündigung eines Truppenabzugs soll nach Einschätzung von Beobachtern zusätzlich Druck auf die militärische Übergangsregierung ausgeübt werden, um ggf. doch noch zu einer Verständigung zu kommen und einen zeitnahen Wahltermin zur Amtsübergabe an eine zivile Regierung zu erreichen. Allerdings scheint Druck derzeit wenig zu bewirken. Sanktionen der westafrikanischen

Staatengemeinschaft ECOWAS gegen Mali auf Grund der Verzögerung der eigentlich für Februar d.J. vorgesehenen Wahlen haben bisher eher einen gegenteiligen Effekt gehabt: Viele Malier haben sich mit der Militärregierung solidarisiert und ein neues Gefühl von Nationalstolz entwickelt.

Ohne Frankreich, ohne seine Jets und Drohnen wird Takuba wohl kaum funktionsfähig sein. Der Spezialkräfteverbund begleitet die malische Armee bei Einsätzen gegen Terroristen. Von den circa 800 Soldaten sind rund die Hälfte Franzosen. Schweden hatte den Abzug seiner rund 150 Mann bereits mit dem Auslaufen des Parlamentsbeschlusses zum Jahresbeginn 2022 angekündigt. Mali hatte im Januar zudem das dänische Kontingent ausgewiesen, angeblich, weil sich beide Seiten noch nicht auf ein sogenanntes *Status of Forces Agreement* – welches Kampfhandlungen regelt – geeinigt hatten. Beobachter vermuten hinter diesem Schritt allerdings auch russischen Einfluss, da die dänischen Spezialtruppen eine sehr leistungsstarke Nachrichteneinheit haben. Man befürchtete wohl, die russischen Söldner könnten ausgespäht werden. Norwegen hat ebenfalls seinen Rückzug angekündigt. Takuba besteht vor allem aus osteuropäischen und skandinavischen Truppen. Sie beteiligten sich an Takuba, um Solidarität mit Frankreich zu zeigen, wollen auf der anderen Seite aber auch keine Spannungen mit Russland – sollte es in Mali zu ähnlichen Konflikten kommen, wie es sie bereits zwischen Blauhelm-Soldaten und Wagner-Kämpfern in der Zentralafrikanischen Republik gegeben hat.

Frankreich und die Takuba-Partner wollen künftig nach Angaben von Diplomaten vom Terrorismus bedrohte Staaten wie Côte d'Ivoire, Togo oder Benin ihre Hilfe anbieten, um ein weiteres Überschwappen des Konflikts von Mali und Burkina Faso zu verhindern. Dies scheint auch dringend nötig. In Benin ereignete sich letzte Woche ein weiterer Terrorakt von Dschihadisten, die in den Waldgebieten der südlichen Grenze Burkina Fasos Stellung bezogen haben. „Ein neuer Fokus von Frankreich und den Europäern

werden die Küstenstaaten sein, die man vor einem Verfall wie dem im Sahelraum retten will,“ sagt ein westlicher Beobachter.

## Mali-Abzug könnte Vakuum schaffen

Doch ob diese Strategie mit einem Abzug aus Mali aufgeht, ist fraglich. Frankreich will Truppen von dort ins Nachbarland Niger verlegen. Dort befindet sich bereits das Hauptquartier von Barkhane und auch die Bundeswehr ist dort mit 200 Soldaten einer Spezialtruppe zur Ausbildung nigrischer Kräfte tätig, neben mehreren anderen westlichen Staaten. So haben die Vereinigten Staaten im Norden eine Drohnenbasis errichtet. Eine weitere Verlegung von französischen Truppen nach Niger wäre dabei allerdings aus zwei Gründen problematisch.

Zum einen, so sagen Experten, würde ein Abzug aus Mali dieses hoch-fragile Land wieder in einen Rückzugsraum für Terroristen verwandeln. Die malischen Sicherheitskräfte sind trotz EU-Trainings bei weitem nicht in der Lage, den Norden und das ebenfalls instabile Zentrum zu kontrollieren. Auch ein paar hundert russische Söldner werden hier nicht die Wende bringen, schätzen Militärexperten. „Ein Einsatz ohne Präsenz in Mali macht militärisch keinen Sinn. Man muss im ganzen Sahel aktiv sein oder kann es gleich ganz sein lassen,“ sagt ein Militärexperte in der Region. „Das wissen auch die französischen Militärs in Mali, die den Elysee vor einem Abzug warnen. Sie finden aber bei Macron, der im Wahlkampf steckt, kein Gehör.“ Trotz eines Putsches in Burkina Faso Ende Januar hatte Frankreich erst kürzlich die Militärkooperation mit dem Land ausgebaut und gemeinsame Operationen vorgenommen. Der Effekt dieser neuen Zusammenarbeit würde bei einem Abzug aus Mali aber schnell verpuffen, weil sich die Terroristen im Dreiländereck mit Niger nach Mali zurückziehen könnten, so Experten.

Zum anderen gibt es auch in Niger wie in Mali und anderen frankophonen Regionen

Westafrikas eine zunehmend antifranzösische Stimmung. Ein Versorgungskonvoi der Mission Barkhane wurde im Niger im November tagelang von Dorfbewohnern blockiert. Sie warfen Frankreich vor, die Dschihadisten in Nord-Mali mit Waffen zu versorgen – entsprechende Gerüchte kursierten immer wieder in den sozialen Medien. Es gab auch in Niger schon Demonstrationen gegen die ECOWAS-Sanktionen in Mali. Die Stimmung könnte kippen, sollte Frankreich nun massiv weitere Soldaten nach Niger verlegen. Eine Stationierung von Takuba in Niger hatte die dortige Regierung genau aus diesen Gründen abgelehnt. Niger leidet wie Mali und Burkina Faso unter dem Verlust von Territorium an Dschihadisten, weit verbreiteter Armut, schwacher Regierungsführung und einer stark wachsenden Bevölkerung. Viele jungen Menschen leben ohne Perspektive und werden so potentiell zu einer leichten Beute für Dschihadisten.

## Was bedeuten diese Entwicklungen für Deutschland?

Neben dem Aspekt der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit hätte Deutschland – sollte Frankreich abziehen – wohl auch Probleme, seine zahlreichen Entwicklungsprojekte im Norden Malis weiter umzusetzen. Die Sicherheitslage dort dürfte sich deutlich verschlechtern, und die Bundeswehr könnte kaum Schutz für deutsches Personal vor Ort bieten. Deutschland ist einer der größten Finanzierer von Entwicklungsprojekten<sup>1</sup> – ein extrem wichtiger Beitrag im Kampf gegen Armut und damit auch gegen den sich ausbreitenden Dschihadismus.

Die Bundesrepublik genießt nach wie vor eine ausgezeichnete Reputation in Mali. Am Montag telefonierte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) mit ihrem malischen

Amtskollegen Sadio Camara, nachdem sie eine zuvor geplante Reise nach Mali aufgrund eines Corona-Falls im Leitungsstab abgesagt hatte. Dieser Schritt wurde von malischer Seite – trotz Enttäuschung über die abgesagte Reise – begrüßt. Für Deutschland ist es wichtig, sich weiter in Mali und dem Sahelraum zu engagieren. Es ist richtig, darüber nachzudenken, wie wir unser Engagement und unsere Instrumente insgesamt verbessern können und auch, wie eine Exit-Strategie aussehen könnte und sollte. Man darf aber nicht vergessen: Die Bundeswehr trägt im Rahmen der Mission der Vereinten Nationen und der Ausbildungsmissionen der Europäischen Union nach wie vor zur Stabilisierung Malis bei. Bei aller Kritik an dem Einsatz wäre die Sicherheitslage ohne die Blauhelm-Mission sicherlich noch schlechter und die Ausbreitung dschihadistische Gruppen noch größer, als dies aktuell der Fall ist. Es sollte vor diesem Hintergrund zu keinem abrupten Abzug wie in Afghanistan kommen.<sup>2</sup>

Neben Mali ist Deutschland bereits im Niger und Burkina Faso im Rahmen der sogenannten Ertüchtigungsinitiative tätig – ein Beitrag zur Stabilisierung des gesamten Sahelraumes. Angesichts der sich ausbreitenden Sicherheitsbedrohung in der Region – vor allem für die Küstenstaaten am Golf von Guinea – sollte allerdings auch darüber nachgedacht werden, ob man den existierenden Stabilisierungsansatz nicht um weitere, präventive Maßnahmen ergänzt und die Zusammenarbeit mit Staaten und Partnern in Westafrika anstrebt, welche hier entsprechend Interesse an einer Kooperation haben.

---

<sup>1</sup> Genaue Zahlen sind schwierig zu bekommen, da Finanzierungen häufig von verschiedenen Partnern kommen.

---

<sup>2</sup> Vgl. hierzu auch: Stefan Friedrich, „Aus dem Sahel ein Schlaraffenland zu machen ist eine geopolitische Dringlichkeit“. Lehren aus Afghanistan für die deutsche Politik im Sahel“, *Auslandsinformationen* 1/2022, S. 34-48.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Ulf Laessing  
Leiter Regionalprogramm Sahel, Bamako  
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

[ulf.laessing@kas.de](mailto:ulf.laessing@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)